

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Magold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Mein Heimat“, „Die Mode vom Tage“



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Famr, Garten und Hauswirtschaft“

Anzeigenpreise: Die 10spaltige Bezugszeile ober deren Raum 15 S., Familien-Anzeiger 12 S., Reklamezeile 45 S., Sammelanzeigen 50% Rabatt. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn 1.80; Einzelnummer 10 S. — Erscheint an jedem Werktag — Verkauftspreis Zeitung im O. A. Magold. — Schriftleitung, Druck und Verlag v. W. B. Jetter (Karl Jetter) Magold

Reg.-Adresse: Gesellschafter Magold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postk.-Rte. Stuttgart 642

Nr. 47

Gegründet 1827

Montag, den 25. Februar 1929

Preis pro Nr. 29

103. Jahrgang

Tagespiegel

Der Reichstag hat sich bis Dienstag verlagert.

Zwischen Dr. Stresemann, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, und der volksparteilichen Landtagsfraktion in Preußen ist wegen des Scheiterns der Koalition ein offenes Zerwürfnis eingetreten.

Der Mittelmeerflug des „Gräf Zeppelin“ ist auf 26. März festgesetzt worden. Er führt voraussichtlich der Rhone entlang, über Korsika nach Italien (Rom), Griechenland, Kleinasien und an die afrikanische Küste.

Der Schutz der Minderheiten

Eine wichtige Aufgabe Deutschlands

Der vierte Kongreß der nationalen Minderheiten, der im letzten Sommer in Genf tagte und hinter dem 40 Millionen Menschen standen, hat das Ergebnis seiner Verhandlungen in einem Beschluß zusammengefaßt, der ein geradezu vernichtendes Urteil über die Minderheitenpolitik des Völkerbunds fällt. Dem Völkerbund wird vorgeworfen, er habe in achtjähriger Tätigkeit kein anständiges Beschwerdeverfahren für die Minderheiten ausgearbeitet vermocht und er nehme seine Verpflichtung gegenüber den Minderheiten allgemein sehr mangelhaft wahr. Um so bedauerlicher und bedenklicher seien Vorwürfe, die führende Staatsmänner von der Plattform des Völkerbunds aus gegen die Rechte der Minderheiten hätten unternehmen können. Gemeint waren die Reden des Brasilianers Mello Franco und des Griechen Politis, die unverhüllt für Vergewaltigung der nationalen Minderheiten durch die herrschenden Mehrheiten eingetreten waren.

Daß man innerhalb der Bürokratie des Völkerbunds auf die Beschwerden der 40 Millionen Minderheiten einfach pfeift, beweist die einseitige Art, wie man dort die Verhandlungen über die Minderheitenfrage, auf der nächsten Ratstagung im März, vorbereitet. In der Sammlung von Dokumenten und Aktenstücken, die das Sekretariat des Völkerbunds zu diesem Zweck veröffentlicht, wird einfach alles unterdrückt oder in der Hintergründigkeit gedrängt, was den Minderheiten günstig sein könnte. Man ersieht daraus, daß der Völkerbund immer noch ist, was er von Anfang an sein sollte: ein Anhängel des Pariser Außenministeriums, ein Werkzeug der französischen Politik zur Durchführung und Erweiterung der Pariser Friedensdiktate vom Sommer 1919.

Auch Frankreich ist durch die Friedensdiktate wieder Nationalitäten-Staat geworden und seine Politik ist so minderheitsfeindlich, wie sie sich das noch gerade glaubt gestalten zu können, angesichts der Tatsache, daß Frankreich den Krieg doch geführt hat zur „Befreiung“ der Elsaß-Lothringen von der deutschen „Fremdherrschaft“. Wie glücklich die Befreiten sich unter französischer Herrschaft fühlen, hat die mehrwöchige Elsaß-Debatte in der französischen Kammer der Welt inzwischen gezeigt. Und wenn Poincaré es sich immer noch überlegt, ob er die Rechte der elsässischen Minderheit nicht einfach niedertrampeln soll, wie Mussolini die Rechte der Südtiroler Minderheit niedertrampelt, so tut er das doch nur deshalb, weil er die Aufklärung fürchtet, die damit über die wahre Natur der französischen Politik verbunden wäre. Man begnügt sich also einstweilen damit, die Polen zur Niedertrampung der deutschen Minderheit in Ostschlesien zu ermuntern.

Die Polen haben den Ostschlesischen Landtag aufgelöst, um den Führer des Deutschen Volksbunds, den Abgeordneten Ullrich, verhaften zu können. Und sie haben, wie sich jetzt herausstellt, ihn verhaftet, noch bevor die Auflösung rechtsgültig geworden war. Diese Gewalttat findet die Pariser Presse durchaus in Ordnung, denn — so begründet sie ihre Auffassung — warum weigern sich die Deutschen, ein Dittorarno abzuschließen? Doch nur aus Mangel an gutem Willen. Das also sind die Folgen der Bereitwilligkeit, womit wir uns von unserem guten und großen englischen Freund Lord d'Abernon nach Locarno führen ließen! Habt ihr die erzwungene Westgrenze freiwillig und ohne Gegenleistung anerkannt — so wird uns heute entgegengehalten — warum wollt ihr die Ostgrenze nicht auch freiwillig noch einmal anerkennen? Das beweist doch sonnenklar euren „üblen Willen“!

Frägt sich nur, was das Dittorarno eigentlich mit der Pflicht des Völkerbunds zu tun hat, über die Rechte der Minderheiten in Polen ebenso zu machen wie über die Rechte der Minderheiten in den baltischen Staaten, in Rumänien, der Tschechoslowakei, Albanien und Griechenland? Einmal liegen die Dinge so, daß der Völkerbund ganz einfach die Pflicht hat, sich um die Behandlung der Minderheiten in Polen zu kümmern, und daß über die Art, wie die polnischen Machthaber mit der deutschen Minderheit in Ostschlesien umgehen, Beschwerden beim Völkerbund vorliegen.

Darüber war es auf der letzten Ratstagung zu einem Zusammenstoß zwischen dem polnischen Außenminister Jaleski und Dr. Stresemann gekommen. Jaleski hatte damals die Gelegenheit für günstig gehalten, den Deutschen Volksbund so nebenbei des Landesverrats zu beschuldigen und anzudeuten, daß der Abgeordnete Ullrich schon längst verhaftet wäre, wenn ihn nicht die parlamentarische Straffrei-

Der Koalitionshandel

Berlin, 24. Febr. Die Blätter aller Parteirichtungen nehmen zu dem Koalitionshandel in Preußen und im Reich Stellung und sprechen sich scharf dazu aus. Der seit Wochen sich hinziehende Schacher sei geradezu ein Unlutz geworden, der das parlamentarische System schwer schädige. Er laufe auch, wie der Abg. Haas (Dem.) ausführt, dem Geist der Verfassung zuwider; die Parteien hätten nicht das Recht, ziellos über die Ministerliste zu verfügen und sie nach zahlenmäßigen Stärkeverhältnissen unter sich aufzuteilen. Verschiedene Blätter weisen in ähnlicher Weise auf die Bestimmung der Reichsverfassung hin, wonach der Reichspräsident einem Mann seines Vertrauens die Kabinettsbildung überträgt; paßt das Kabinett den Parteifraktionen nicht, so können sie ihm im Reichstag das Mißtrauen aussprechen. Aber selbst dann habe der Reichspräsident das Recht, den Reichs-

tag aufzulösen und an das Volk der Wähler zu appellieren. Die D. Allg. Ztg. nennt besonders das Verhalten der volksparteilichen Landtagsfraktion „sehr unglücklich“. Für die Haltung der Fraktion sei maßgebend gewesen die ziffermäßig ungünstige, von dem Ministerpräsidenten Braun vorgeschlagene „Patentlösung“ mit dem angebotenen preussischen Handelsministerium und dem Ministerium „ohne Portfeuille“, sowie die Erklärung Brauns, er könne die Zusage nicht aufrechterhalten, wenn die Deutsche Volkspartei statt des Handels- das Kultministerium fordere; ferner die Andeutung, daß die Sozialdemokraten das Kultministerium für sich nehmen würden, und endlich die Konfordsatsfrage.

Der Hauptvorstand der Deutschen Volkspartei ist auf Dienstag, 26. Februar, nach Berlin einberufen worden.

Bedeutende Verschlechterung

der Reparationsverhältnisse

2 1/2 Milliarden Jahreszahlungen und Wohlstandszuschlag, Ueberwachungskommission

London, 24. Febr. Die „Times“ meldet aus Paris: Der Fünferausschuß der Sachverständigenkonferenz haben einen Plan aufgegriffen, nach dem ein Teil der Reparationszahlungen, 1,5 Milliarden Mark, der Verantwortlichkeit der Reichsregierung, der andere Teil von etwa einer Milliarde unter die Aufsicht eines beratenden Ausschusses gestellt werden soll, der an die Stelle des bisherigen Transferausschusses treten würde. Eine Gefahr für die Festigkeit der deutschen Währung oder für die deutsche Wirtschaft sei dabei nicht zu befürchten (?). Der zweite Teil der Jahreszahlung (1 Milliarde) sei in Reichsmark bei der Reichsbank einzuzahlen, wo er der Glaubigerstaaten zur Verfügung stehen soll; für die Abhebung soll lediglich die Zustimmung des neuen Ausschusses vor der Uebertragung (in fremden Währungen) erforderlich sein. Ein ungünstiger Bericht dieses Ausschusses würde

nach der Meinung der Sachverständigen unter solchen Umständen ernste Folgen in anderer Richtung haben, da er auf einen ungünstigen Bericht über Deutschlands Wirtschaft hinauslaufen würde.

Mit den 2 1/2 Milliarden Jahreszahlungen würde es aber nach dem Bericht der „Times“ noch nicht abgetan sein. Vielmehr soll alljährlich zu der bei der Reichsbank zu hinterlegenden Milliarde noch ein Zuschlag eingezahlt werden, dessen Höhe nach dem deutschen Wohlstandsindeks bemessen werden soll.

Die „Times“ bemerkt nebenbei, daß die Behauptungen in der deutschen Presse, die Berichte über die angebliche Blüte der deutschen Wirtschaft und des Wohlstands (Parker, Gilbert) falsch seien und daß sie durch die Reparationslasten gedrückt werden, werden war von den Sachverständigen unterfucht werden, man sei aber in Sachverständigenkreisen der Ansicht, daß diese Behauptungen mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmen. (!)

lassen. Wenn ein anderer als die Hauptmacher des Völkerbunds etwas im Bund erreichen will, so muß er sich auf jähren Kampf gefaßt machen. Und nun gar, wenn er im Völkerbund einem verbrieften Recht zum Sieg verbleiben soll!

Neueste Nachrichten

Die Stahlhelmführer beim Reichspräsidenten

Berlin, 24. Febr. Die „Deutsche Ztg.“ meldet, die Stahlhelmführer Seldte und Düsterberg werden vom Reichspräsidenten v. Hindenburg empfangen werden. Sie wollten gegen die Absicht der preussischen und der Reichsregierung, Stahlhelmmitglieder nicht im Beamtenstand zu dulden, Beschwerde erheben, da dies eine Verletzung der durch die Verfassung den Beamten gewährleisteten politischen Freiheit sei.

Hindenburg und der Stahlhelm

Berlin, 24. Febr. Wie die „Magdeb. Ztg.“ zu berichten weiß, hat Reichspräsident v. Hindenburg die Leitung des Stahlhelms durch den Staatssekretär Reichner um Aufklärung über gewisse scharfe Äußerungen der Führer Seldte und Düsterberg bei der letzten Vertrauensmännerversammlung in Magdeburg ersucht. Zu diesem Behufe seien die beiden Führer am Samstag beim Reichspräsidenten zum Vortrag erschienen. Von der Besprechung werde es abhängen, ob Hindenburg weiter Ehrenmitglied des Stahlhelms bleibe. — Die Unterredung dauerte mehrere Stunden. Der Reichspräsident verfuhr nach dem H. Z., die Leitung des Stahlhelms mehr für die gemeinsame Arbeit mit anderen Volkskreisen zu gewinnen.

Beträchtigung statt Eid

Berlin, 24. Febr. Im Strafrechtsausschuß des Reichstags erklärte Reichsjustizminister Dr. Koch zur Frage der Abschaffung des Eids, bei der gerichtlichen Bernehmung werde sich Beerdigung noch nicht abschaffen lassen, wogegen von vielen Seiten ernste Bedenken erhoben werden; dagegen sei eine Einschränkung des Eids ins Auge gefaßt in der Weise, daß in normalen Fällen kein Eid, sondern eine „Beträchtigung“ abgenommen werde, bei der unwahre Angaben als Vergehen, nicht als Verbrechen strafbar sein sollen.

Der Völkerbund macht den Krieg nicht unmöglich

London, 24. Febr. In einer Wahlversammlung in Lorkuan sagte Außenminister Chamberlain, er wolle das Volk nicht mit dem Gedanken einschüpfen, daß die Gründung des Völkerbunds den Krieg unmöglich gemacht hätte. Dieses Ziel werde wohl niemals erreicht werden, jedenfalls bedürfe es ehrlicher Anstrengungen von langen Jahren.

er richtigen Er-
Das Kind ent-
den die Natur
ie der Mutter
zte verordnen
irrierte Kraft-

BOTI
Privatband gegen
ungen auszuweichen
4mal 10000 RM
2mal 12000 RM
Zanagsurkunden und
/ Tübingerstr. 1

el, Freuden-
Karl Fint-
iersbronn
re, Welten-
ann, 61 Jahre,
Noa Theurer,
ndiger, 75 J.,
Haag, 72 J.

zu die Stetige
en“

rdosten auf das
befinden sich De-
begriffen. Für
trockenes, und

Schneehöhe:
sch, Temperatur:
ernstigt. Säbahn

628

Blherei“.

n in
stoffen

nzügen

en und Größen.

ireilich

ger Auswahl

nden-Hüte

700

ionshaus

eurer.

626

mbolz

abzugeben

Rohrdorf.

n

Druckarbeiten

unseren auf dem

der Technik be-
nen und unserem

vorrat besonders

u e 11 herstellen

Baier-Magold

Württ. Landtag Gemeindeordnung

Stuttgart, 23. Februar.

Der Landtag nahm zunächst einen Antrag an, wonach in den Sonderauschüß für die Beratung der Neuordnung des Kunst- und Fachschulwesens die Abg. Becker, Dr. Brudmann, Hartmann, Heymann, Viebig, Dr. Schermann und Dr. Wiber gewählt wurden. Dann wurde die Beratung der Gemeindeordnung fortgesetzt. Abg. Bausch (C.D.) stellte einen Antrag zum besseren Schutz der Minderheiten auf dem Rathaus. Abg. Bock (Z.) bemerkte dazu, man solle dem Gemeinderat doch nicht jede Verwaltungshandlung vorschreiben und ihm vertrauen, daß er die verschiedenen Wahlen recht und gerecht vornehme.

Art. 73 handelt von dem Ausschluß einzelner Gemeinderatsmitglieder wegen Befangenheit. Abg. Wöhrer (Soz.) stellte den Antrag, daß sich die Vertreter gemeinnütziger Genossenschaften (Konsumvereine usw.) auch bei den die Genossenschaft berührenden Fragen an der Beratung und Abstimmung beteiligen dürfen. Staatspräsident Dr. Bock erklärte, es gehe nicht an, daß die Vorstandsmitglieder solcher Vereinigungen, die nicht immer gut stehen, ihre eigenen Interessen auf dem Rathaus als Gemeinderäte vertreten. Der soz. Antrag wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Scheef (Dem.), wonach die Gemeindeverordnungen in geeigneter Weise bekanntzumachen sind. Nach dem Ausschuh Antrag sollte ortsübliche Bekanntmachung erfolgen. Die ortsübliche Bekanntmachung geschieht aber im Anzeigenteil der Zeitungen. Der Antragsteller wollte die daraus entstehenden Kosten den Gemeinden ersparen und betonte, daß die Bekanntmachung im redaktionellen Teil der Zeitungen nichts koste. Art. 72 Abs. 3: „Bei Wahlen zu Abteilungen und Ausschüssen sind die im Gemeinderat vertretenen Mitgliedervereinigungen tunlichst im Verhältnis ihrer Stärke zu berücksichtigen. Ihren Vorschlägen soll möglichst Rechnung getragen werden.“ wurde mit 34 gegen 26 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Württemberg

Stuttgart, 24. Februar.

Kommerzienrat Alfred Colmann Ehrendoktor der Stuttgarter Technischen Hochschule. Rektor und Senat der Tech-

nischen Hochschule haben auf den einstimmigen Antrag der Abteilung für Allgemeine Wissenschaften dem Kommerzienrat Alfred Colmann, Generaldirektor des Zeppelin-Langens Friedriehshafen, in Anerkennung seiner von vaterländischer Begeisterung und sozialpolitischem Sinn getragenen führenden, werbenden und organisatorischen Tätigkeit im Luftschiffbau Zeppelin die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

Todesfall. Stadtpfarrer a. D. Gustav Gerolt, zuletzt an der Markuskirche in Stuttgart, ein Sohn des Prälaten und Dichters Karl Gerolt, ist im 84. Lebensjahr gestorben. Seit 1917 lebte er im Ruhestand.

ep. Titelverleihung. Dem Organisten und Chorleiter an der Matthäuskirche in Stuttgart, Oberlehrer Friedrich Ade, wurde der Titel Kirchlicher Musikdirektor verliehen.

Die Deutsch-Oesterreichische Arbeitsgemeinschaft. Auf Veranlassung der Studiengesellschaft wird am 13. März im großen Sitzungssaal der Handelskammer Dr. M. Schlenker, erster Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, über das Thema sprechen: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Anschließfrage“.

Landesausschüß für die Württ. Zentrumsparlei. Am Sonntag, den 10. März, vorm. 10 Uhr, findet in Stuttgart eine Landesausschüßsitzung der Württ. Zentrumsparlei statt.

Oesterreichische Bauernjöhne in württ. Betrieben. Wie in den letzten Jahren ist auch für das Jahr 1929 ein Austausch von oesterreichischen und reichsdeutschen Junglandwirten vorgesehen. Die Württ. Landwirtschaftskammer wird, soweit gewünscht, den geplanten Austausch bezw. die Unterbringung von oesterreichischen Bauernjöhnen in Württemberg vermitteln. Die oesterreichischen Junglandwirte werden vom Frühjahr bis Herbst in den württ. Betrieben tätig sein. Es war bisher üblich, denselben neben Familienanschluß freie Verpflegung und ein kleines Taschengeld als Entschädigung für die geleistete Arbeit von seiten des Betriebsinhabers zu gewähren.

ep. Die Frachtfreiheit für Kirchenglocken verlängert. Erlassglocken für die in den Krieg gegangenen Kirchenglocken haben auf der Reichsbahn bis 31. März 1929 Frachtfreiheit. Da aber viele arme Gemeinden bisher nicht in der Lage waren, Erlassglocken zu beschaffen, hat das Reichs-

finanzministerium wie der Reichsboie mitteilt, beschloßen, die Frachtfreiheit bis zum 31. März 1930 zu verlängern.

Die Vorbereitungen für den Eisgang in Caanstatt haben begonnen. Es werden Eisrinnen, sog. Schläge in die gefrorene Flußdecke gemacht und Eisblöcke, die etwa hängen geblieben sind, beseitigt, um die Brücken zu schütten und das Abschimmen des Eises zu ermöglichen. Zu einer Befichtigung hatten sich einige Pionieroffiziere aus Ulm eingefunden, die unterhalb der Reckarbrücke bei Untertürkheim einige recht interessante Probepflegungen vornahmen.

Plochingen, 24. Febr. Das Johanniter-Bezirkskrankenhaus. Am vergangenen Dienstag ist in Plochingen der Abschluß des Kaufvertrags zwischen der Württembergisch-Badischen Genossenschaft des Johanniterordens und der Amtskörperschaft Eßlingen über die Erwerbung des Johanniterbezirkskrankenhauses durch letztere erfolgt. Damit ist das Johanniterkrankenhaus, das schon seit Jahren von der Amtskörperschaft als Bezirkskrankenhaus geführt wird, in ihr Eigentum übergegangen. In einem Rundgang übernahm der Bezirksrat das Anwesen samt Einrichtung von den Vertretern der Ordensgenossenschaft. Anschließend an die Uebergabe fand im „Waldhorn“ eine kleine Feier statt, bei der Landrat Richter das segensreiche Wirken des Johanniterordens und des von ihm 1864 errichteten Krankenhauses für die Bezirke Eßlingen, Kirchheim und Rülkingen hervorhob: Das Scheiden des Ritterordens aus Plochingen werde überall mit Wehmut empfunden. Für den Orden dankte Staatsrat a. D. Frhr. v. Gemmingen für die Anerkennung des Ordens und seines Personals. Der Ordensschatzmeister Graf von Degenfeld hob hervor, daß zwischen der Ordensgenossenschaft und der Amtskörperschaft stets eine reibungslose Zusammenarbeit bestanden habe. Der bisherige Arzt Dr. Bosh wird die ärztliche Leitung, wie seit mehr als 30 Jahren, weiterführen.

Dinstellingen, 24. Febr. Balingen, 24. Febr. Kiaderlegen. Aus Anlaß der Geburt des 11. Sohns der Eheleute Johs. Sauter, Trikotweber, und Frau Anna Katharine, geb. Maute, übernahm der Reichspräsident v. Hindenburg die Patenschaft. Die Familie Sauter hat zur Zeit 12 Kinder um den Tisch sitzen (10 Buben und 2 Mädchen), ein Sohn ist in Taiflingen verheiratet.

Ulm, 23. Febr. Auflösung der Reichsbannermusikkapelle. Infolge großer Differenzen der Reichsbannerführung mit dem Musikführer erfolgte, wie die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ berichtet, dessen Rücktritt und Austritt aus dem Ulmer Reichsbanner. Die gesamte Musikabteilung erklärte sich solidarisch und trat geschlossen aus dem Reichsbanner aus.

Tübingen, 24. Febr. 70. Geburtstag. Am Freitag feierte Wilhelm Walz, Korrektor im Verlag der „Tübinger Chronik“, in geistiger und körperlicher Frische seinen 70. Geburtstag.

Ludwigsburg, 24. Februar. Wettbewerb für ein Bürogebäude der Baukapelle der Gemeinschaft der Freunde, Wüstenrot. Unter dem Vorsitz von Professor Dr. Bonack-Stuttgart erzielte das Preisgericht dem Architekten BDA Schuch in Cannstatt den ersten Preis. Einen zweiten Preis erhielt BDA Eichert in Ludwigsburg. Das Bürogebäude wird beauftragt von der Stadt Ludwigsburg erbaut und der Gemeinschaft der Freunde zu Verfügung gestellt.

Reutlingen, 24. Febr. Zur Stadtvorstandswahl. Der Kreis der Bewerber um die hiesige Stadtvorstandsstelle, der am Vorstellungstag noch die Zahl acht umfaßte, hat sich inzwischen auf nur zwei Kandidaten verkleinert, nämlich Dr. jur. Brinzing, Stadtschultheiß in Hall, und Dr. Halter, Stadtschultheiß in Langenau.

Wildbad, 24. Febr. Plakat-Wettbewerb. Das Preisurteil für ein „Wildbad-Plakat“, das von der Bauabteilung des Finanzministeriums zusammen mit der Stadtgemeinde Wildbad veranfaßt wurde, ist am 20. Febr. 1929 entschieden worden. Im ganzen sind 62 Arbeiten eingekommen. Zwei Preise zu je 400 Mark fallen an die Herren Trüb-Stuttgart, Fischinger-Wien; ein Preis zu 200 Mark an H. Leichmann-Cannstatt. Außerdem entschied sich das Preisgericht zum Ankauf von zwei Arbeiten um je 100 Mark, und zwar von Kichenmaier-Eßlingen und Klopfer-Göbelberg.

Richtlinien für den Wohnungsbau

Dem Reichstag sind Richtlinien für den Wohnungsbau im Reich zugegangen. In der Begründung wird u. a. gesagt, daß unter den heutigen Umständen, namentlich infolge der schweren Lasten der Reparationszahlungen, der Plan nur die Befestigung der schlimmsten Notstände habe ins Auge fassen können. Es handelt sich 1. um die Herausnahme der Haushaltungen und Familien, die bisher mit anderen Haushaltungen zusammen in überbelegten Wohnungen untergebracht waren; 2. um die Räumung der abbruchreifen Wohnungen und Herausnahme der Familien aus den Elendsvierteln; 3. um die Herausnahme besonders der kinderreichen Familien aus überfüllten Wohnungen; 4. um die Schaffung neuer Wohnungen für gewerbliche Arbeiter an den durch Umschichtung und Rationalisierung der Betriebe sich ergebenden Standorten und 5. um die Festhaltung von Landwirten und Landarbeitern auf dem flachen Land durch Ansiedlung auf eigener Scholle.

Der durch den zahlenmäßigen Ueberdruck der alljährlich neugegründeten Haushalte bewirkte laufende Zuwachs des Bedarfs an neuen Wohnungen wird für die Zeit von 1927 bis 1930 auf 225 000, für 1931 bis 1935 auf 250 000 und von 1936 bis 1940 auf 190 000 jährlich geschätzt. Dazu kommt ein Rückstand von 500 000 bis 550 000 Wohnungen. Weiter besteht ein durch Mangel und Unter-

brechungen in der Bautätigkeit entstandener Ersatzbedarf für abbruchreifen Altwohnraum und Notwohnungen in Höhe von 300 000. Ein weiterer Bedarf entsteht durch die überfüllten Wohnungen. Insgesamt sind ungefähr 750 000 überbelegte Wohnungen mit 5 Millionen Bewohnern vorhanden. Der sich hieraus ergebende Gesamtbedarf kann im Lauf der nächsten Jahre nicht entfernt gedeckt werden.

Zum Schluß wird gesagt, daß der Fehlbefdarf an Wohnungen die Aufrechterhaltung des Reichsmietengesetzes und des Mieterchutzgesetzes und des Wohnungsmangelsgesetzes erforderlich mache. Eine Annäherung der Altbau- und Neubaumieten sei im Lauf einer Reihe von Jahren unvermeidlich. In erster Linie solle dies durch eine Senkung der Neubaukosten ange-

Finanzielle Notlage der Arbeitslosenversicherung

Die Selbstverwaltung bedroht

Berlin, 24. Febr. Bei der Beratung des Haushalts der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für 1929/30 im Verwaltungsrat führte der Vorsitzende Dr. Syrup aus: Der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit von über 2,3 Millionen Hauptunterstützungsempfängern sei die Reichsanstalt aus eigenen Mitteln nicht mehr gewachsen und sie müsse Darlehen des Reichs in Anspruch nehmen. Der während der vorigen Sommermonate angekaufte Restpost von über 100 Mill. Mark sei bereits völlig aufgebraucht. Die nur für besonders ungünstige Zeiten vom Gesetzgeber vorgezeichnete Möglichkeit der Darlehensaufnahme beim Reich bringe die Gefahr mit sich, daß die Reichsanstalt, die auf dem Boden einer weitgehenden Selbstverwaltung stehe — da sie ihren Bedarf ja in normalen Verhältnissen lediglich aus den Beiträgen der Wirtschaft decke — nun in die Abhängigkeit des Reichs, d. h. politischer Instanzen und Einflüsse hineingerate, wenn sie Reichsdarlehen zu nehmen gezwungen sei. Die Lage sei um so ernster, als die finanzielle Notlage eingetreten sei, obgleich durch das Gesetz über die berufsbüchliche Arbeitslosigkeit das Reich bereits einen Hauptteil der Kosten dieser Arbeitslosen übernehmen habe

und die Reichsanstalt entsprechend entlastet worden sei. In den Blättern wurde davon gesprochen, daß eine Erhöhung der Beiträge, die zurzeit 3 v. H. des Lohns betragen, notwendig werden könnte. Bis jetzt scheint die Frage noch nicht in Erwägung gezogen worden zu sein.

Zulassung zur Krisenunterstützung

Berlin, 23. Febr. Der Reichsarbeitsminister hat einen neuen Erlass über Personenkreis und Dauer der Krisenunterstützung veröffentlicht. Danach sind nunmehr grundsätzlich alle Berufe zur Krisenunterstützung zugelassen. Ausgenommen sind nur die Berufe, in denen die Arbeitslosigkeit ausgesprochenen Saisoncharakter hat, sowie einige bestimmte Berufe, deren Arbeitsmarkt auch jetzt noch nicht durch anbaunder Arbeitslosigkeit in besonders starkem Ausmaß betroffen ist, und die Gelegenheitsarbeiter. Die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf die neu zugelassenen Berufe ist Sache der Präsidenten der Landesarbeitsämter. Aussteuerungen aus der Krisenfürsorge sind bis zum 4. Mai 1929 verboten. Der Erlass tritt am 25. 2. 1929 in Kraft und gilt zunächst bis zum 4. 5. 1929.

Kultminister Dr. Bazille über die württembergische Landespolitik

Heilbronn, 24. Februar.

Auf dem Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei, der gestern und heute in Heilbronn abgehalten wurde, sprach Kultminister Dr. Bazille über die württ. Landespolitik. Er führte u. a. aus:

Der Zusammenbruch der bürgerlichen Koalition im Reich, die allein einigermaßen regierungsfähig ist, da die „große Koalition“ keine Lebenskraft haben kann, hat eine schwere chronische Krisis des parlamentarischen Systems geschaffen, die neben der Krisis unseres wirtschaftlichen Lebens hergeht und nicht ohne Zusammenhang mit ihr ist. Auch in Württemberg ist durch die Wahlen eine latente Unsicherheit entstanden, die jederzeit zu einer Krisis führen kann. Die drei großen Richtungen unseres öffentlichen Lebens: Organische Staatsauffassung, Liberalismus und Sozialismus scheinen sich immer weniger verständigen zu können, je stärker sie die Entwicklung dazu treibt, ihre Grundzüge oder Endziele zu betonen. In Württemberg war, solange die Rechte und das Zentrum eine Mehrheit hatten, eine Verständigung stets ohne große Schwierigkeiten zu erreichen, da die politischen Grundauffassungen beider Parteien im wesentlichen dieselben sind. Seit den letzten Wahlen brauchen aber die beiden Regierungsparteien die Unterstützung anderer Parteien. Dies erschwert ein energisches und planvolles Regieren, da eine Verständigung zwar in manchen Punkten möglich, in anderen wichtigen und vielleicht entscheidenden Punkten aber unsicher ist.

Das ist umso bedenklicher, als in einer Zeit zunehmender Verwirrung die Landesinteressen eine feste und konstante Regierung mit staatserbaltenden Grundfragen verlangen. Jede Regierung, in der die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluß hat, wird, da diese ihr Endziel nie aufgibt, früher oder später auf eine schiefere Ebene gelangen, an deren Ende der sichere Zusammenbruch des Staats steht. Die Regierungsparteien müssen deshalb überall, wo es möglich ist, denjenigen Parteien entgegenkommen, von denen eine Unterstützung staatserbaltender Politik zu erwarten ist. Dieses Entgegenkommen findet seine Grenze an den Staatsnotwendigkeiten, die sich für die Rechte aus der organischen Staatsauffassung und aus den Gefahren ergeben, von denen Deutschland im Innern und von außen unzweifelhaft bedroht ist. Die Rechte kann nur eine Politik mitmachen, die sie verantworten kann. Sie wird lieber aus der Regierung ausscheiden, als sich eine Politik aufzwingen lassen, die in ihrer Wirkung staatschädlich ist.

Das Verhältnis zwischen Reich und Ländern ist geradezu bedrohlich geworden.

Schuldig in der Verschärfung der Gegensätze sind drei Dinge: 1. Das mangelnde Verständnis in Berlin für die Lebensnotwendigkeiten der Länder, insbesondere Bayerns, 2. der Versuch, die Ziele des Unitarismus auf Umwegen zu erreichen und 3. die chronischen Berliner Ungeschicklichkeiten. Aus der so entstandenen Atmosphäre der Gereiztheit und des Mißtrauens erklären sich die Vorfälle der letzten Zeit. Aus der Verbindung von Ungeschicklichkeit und Not können schwere Gefahren für Deutschland entstehen, die mit der Finanznot des Reichs und der Länder wachsen. Das Problem des Verhältniswesens Reich und Land ist an sich keineswegs besonders schwierig. Ungeschickte Hände haben es schwierig gemacht, namentlich aber die Leichtfertigkeit, mit der man sich seit der Revolution über Recht und Gerechtigkeit hinwegsetzt. Die richtige Abwägung aller Dinge gegeneinander und die nach einem großangelegten Plan erfolgende allmähliche Befriedigung aller Ansprüche werden außerdem durch das parlamentarische System mit seinem beständigen Wechsel der Regierungen und seiner völligen Planlosigkeit fast unmöglich gemacht. Dazu kommt noch, daß die meisten Länder bei ihrer Abstimmung im Reichsrat ihre Zustimmung davon abhängig machen, welches Schicksal ihren eigenen Ansprüchen beschieden ist. Nur mit größter Beforgnis kann man auf die weitere Entwicklung sehen.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik Württembergs hat sich seit 1924 nichts geändert und wird sich nichts ändern. Die Finanzlage Württembergs ist nicht mehr günstig, aber doch so, daß eine Steuererhöhung vielleicht vermieden werden kann. Die Angriffe auf die Kulturpolitik waren stets unbegründet. Je weiter abwärts der Weg der deutschen Entwicklung führen wird, desto mehr werden sich ihre bisherigen Gegner davon überzeugen, daß diese Kulturpolitik lediglich, wie ich ja oft genug ausgesprochen habe, durch die Voraussicht der kommenden Dinge bestimmt war.

Das große Problem der Staatsvereinfachung wird wieder aktuell werden, sobald der Reichsparkommissar seine Arbeiten abgeschlossen haben wird. Schon heute bin ich mir aber darüber im Klaren, daß nur eine große Reform große Ersparnisse bringen kann, die bei der Organisation, dem Aufgabenkreis und den Lasten der Selbstverwaltungskörper, also in Württemberg bei den Gemeinden und Amtskörperschaften einsehen muß. Aber bei jeder Reform werden Interessen angefaßt, die heftigen Widerstand leisten und so wird auch der beste Gedanke nur schwer durchdringen.

Aus

Ran scheint doch einmal je Nacht ist gebrochen in den Schneehülle der mehr die Befürgangung und mußten. Weirreits eisfrei in Thrige, um den Verlauf zu gestalten an dem wert, wo starrag Abend ton werden, sodas derzeit die erkönnen. — Aus Brettfleschpuffer und gespannt in Schlittschuhläufer der Stadt ein hatten, dürften „Achter“ u. Bog haben. So hoch uns Herr Winob dem frühlich Vögeln sind sich bei den erster zusammenge Reislein, hier der ein anderes etwas vor. Die doch hörbar un Soloprobe für halten hätten. nahe in der Diodte, sang, rihaltan Tag hin und Schnee mit nen Zeit der der Blüten ent Aus dem L daß am Sams „Döfen“, die und die Küfer

Der Herr S Gr. 8b Gerhan Klump in tragen.

Der Kran hielt seine jäh abend 8 Uhr 1er begrüßte d jührer K a a f trug. Hiernach die Ausgaben 144,22 RM, zu 1342,52 RM. M. storben sind 6 Paul U z, H schweren Zeit lere Beiträge u rer Raaf im L gedacht wurde. benen erhebt si Antrag wird e 20 auf 40 Mar len wurden V gefamte Ausch heitsfällen mö half einer Wd ermahnt die A Die Altersgren Nöge dem ger ein schöner Zu

Unterjettung brach im Hause ler, Martin Das Feuer ist Der im Hause hat in seinem jeren Schaden Ausbrennen ei schaft gezogen. Feuerwehr rafe Feuer auf sein Mobiliar-Schad Die Geschädigte im August vor die Feuerwehr sein sollten, de Feuerwehr durc behindert.

Calw, 23. Kurz nach 7 Uhr g e n p l a s t d tödlich. Der im Verstellen von bisher ungeklärt kurzer Zeit er lungen.

Sirau, 23. einem Hirzauer rage des Kirch Weife in Bran Feuer alsbald Hof gebracht u den Stühle u Der Brand lo Auto selber w unbrauchbar ge

Aus Stadt und Land

Tagold, den 25. Februar 1929.

Keine Wahrheit ist rund und ganz, hat ein Renn zum Kopf und ein Ader zum Schwanz, Viktor Klütgen.

Vorfrühlingstage

Nun scheint es doch zur Wahrheit zu werden: Es muß doch einmal Frühling werden! Des herrlichen Winters Nacht ist gebrochen und die warmen Sonnenstrahlen verzehren in den Tagesstunden zusehends die Eis- und Schneehülle der Mutter Erde. So schwinden auch immer mehr die Befürchtungen, die wir wegen eines starken Eisganges und einem damit verbundenen Hochwasser hegen mußten. Weite Strecken der Tagold und Waldach sind bereits eisfrei und auch die Stellsallenbestitzer taten das Ihrige, um den Nachwehen der „Eiszeit“ einen normalen Verlauf zu geben. Am schwierigsten waren wohl die Arbeiten an dem neuen großen Stauwehr des Elektrizitätswerkes, wo sturwandige Eismengen lagerten. Am Samstag Abend konnten nun auch dort die Fallen gezogen werden, jedoch bei eintretendem stärkeren Tauwetter jederzeit die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden können. — Aus ist es nun auch mit dem Wintersport. Die Brettschlepper können nun wohl ihre Schier gut überholt und gespannt in ihr Sommerquartier stellen und die Schlittschuhläufer, die heuer dank dem Entgegenkommen der Stadt eine einzige schöne Sportfläche zum Tummeln hatten, dürften gestern in den Morgenstunden ihre letzten „Achter“ u. Bogen gefahren sein u. die Kapriolen gemacht haben. So schön all diese Stunden und Tage waren, die uns Herr Winter geschenkt hat, so froh sind wir nun alle ob dem Frühling, der seinen Einzug halten will. Auch die Vögelchen sind aus ihrem Winterschlaf erwacht u. haben sich bei den ersten warmen Sonnenstrahlen zum Probefluger zusammengefunden. Dort auf dem Apfelbaum sah ein Meiselein, hier auf dem Birnbaum ein Buchfink, da wieder ein anderes und dort noch eines und piffen sich lustig etwas vor. Die Klangfarbe war zwar noch piano, aber doch hörbar und es war, als ob die gefiederten Sänger Soloproben für das allgemeine Lenzkonzert der Vögel gehalten hätten. Sogar eine Amsel sang in der Friedhofsnähe in der Dämmerstunde eine süße Abendmelodie. Alles lodte, sang, rief und lärmte in den grauen, fahlen und kalten Tag hinein in der Gewißheit, daß wir trotz Eis und Schnee mit jedem Tag der von allen ersehnten schönen Zeit der goldenen Sonne, des blauen Himmels und der Blüten entgegengingen.

Aus dem Vereins- und Verbandsleben ist zu melden, daß am Samstag der Krankenunterstützungsverein im „Ochsen“, die Freie Schreinerinnung in der „Eisenbahn“ und die Küfer des Bezirks in der „Krone“ tagten.

Dienstnachrichten

Der Herr Staatspräsident hat die Försterstelle in Bes.-Gr. 8b Gerhausen, Forstbezirks Mlaubeuren dem Förster Klumpp in Tonbach, Forstbezirks Freudenstadt übertragen.

Der Krankenunterstützungsverein Tagold

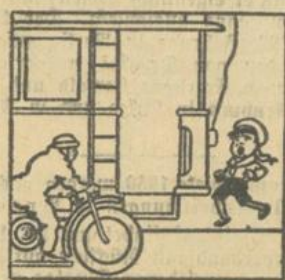
hielt seine jährliche Generalversammlung am Samstag Abend 8 Uhr im Gasthaus zum „Ochsen“. Vorstand Egel er begrüßte die Anwesenden Mitglieder, worauf Schriftführer Raaf den Jahres- und Rechenschaftsbericht vortrug. Hiernach betrug die Einnahmen 1070,72 RM., die Ausgaben 931,50 RM., so daß ein Kassenbestand von 144,22 RM. zu Buch steht. Das Vereinsvermögen beträgt 1342,52 RM. Die Mitgliederzahl zeigt die Zahl 147. Gestorben sind 6 Mitglieder, worunter das Ehrenmitglied Paul Luz, Hotel Post, welcher den Verein in seiner schweren Zeit nach der Inflation des öfteren durch größere Beiträge unterstützt hat, wofür seiner von Schriftführer Raaf im Vereinsprotokoll mit besonderer Dankbarkeit gedacht wurde. Zum ehrenden Gedenken an die Verstorbenen erhebt sich die Vermählung von den Söhnen. Auf Antrag wird einstimmig beschlossen, das Siegel von 20 auf 40 Mark zu erhöhen. Bei den nun folgenden Wahlen wurden Vorstand, Schriftführer und Kassier und der gesamte Ausschuß einstimmig wiedergewählt. In Krankheitsfällen möchten die Mitglieder sich spätestens innerhalb einer Woche beim Vorstand anmelden. Der Vorstand ermahnt die Anwesenden zur Werbung neuer Mitglieder. Die Altersgrenze zum Eintritt ist das 45. Lebensjahr. Möge dem gemeinnützigen Verein auch im neuen Jahr ein schöner Zuwachs beschieden sein.

Unterjettingen, 24. Febr. Brandfall. Heute früh 6 Uhr brach im Hause Nr. 32 in dem dem Bauer Fr. Kentscher, Martin Sohn, gehörenden Wohnhaus Feuer aus. Das Feuer ist vermutlich auf Kaminfeuer zurückzuführen. Der im Hause wohnende Schneidermeister Gotth. Schüle hat in seinem Kleiderstofflager und seiner Werkstätte größeren Schaden erlitten; auch der Hausbesitzer ist durch das Ausbrennen einer Bühnenlampe stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein Glid war es, daß die alarmierte Feuerwehr rasch in Tätigkeit trat und in kurzer Zeit das Feuer auf seinen Herd beschränkte. Der Gebäude- und Mobiliar-Schaden dürfte jedoch einige 1000 A betragen. Die Geschädigten sind versichert. Dieser Brandfall wie der im August vorigen Jahres hat wieder gelehrt, daß auch die Feuerwehr auf dem Lande mit Rauchmasken versehen sein sollten, denn beidemal waren die Mannschaften der Feuerwehr durch Rauch gefährdet und in ihrem Eingreifen behindert.

Calw, 23. Febr. Tödlicher Unfall. Heute vormittag kurz nach 7 Uhr verunglückte der Rangierer Wilhelm Waagen auf dem Bahnhof Calw tödlich. Der im 39. Lebensjahr stehende Mann war beim Verstellen von Wagen beschäftigt und geriet hierbei auf bisher ungeklärte Weise zwischen Wagen und Kampe; in kurzer Zeit erlag er den hierbei erlittenen schweren Verletzungen.

Sirau, 23. Febr. Autobrand. Donnerstag geriet das einem Sirauer Geschäftsmann gehörige und in der Garage des Kurhotels untergebrachte Auto auf unerklärliche Weise in Brand. Glücklicherweise wurde das ausgebrochene Feuer alsbald bemerkt und das Auto konnte noch in den Hof gebracht werden, ehe die in der Garage befindlichen Stühle und Gartenstühle Feuer gefangen hatten. Der Brand konnte in kurzer Zeit gelöscht werden, das Auto selber wurde aber dabei derart beschädigt, daß es unbrauchbar geworden ist.

Denk an die Reichs-Unfallverhütungs-Woche!



Vorsichtig hinter dem Wagen herumgehen! (Aus der RABO-Broschüre „Auge auf!“ an jedem Postkasten zu haben.)

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Tauwetter. Im Schwarzwald wurden am Freitag noch 7 bis 8 Grad Kälte gemessen, am Samstag früh stand der Wärmemesser dagegen bereits auf 5 Grad, auf dem Feldberg auf 1,3 Grad über Null. In den Wäldern Oberbadens hat der Frost schweren Schaden gestiftet. Besonders Eichen sind zu Hunderten durch Frostrisse als Nutzholz wertlos geworden. Die Grippe nimmt wieder zu.

Bei Emmerich liegen derzeit noch 168 Schiffe verschiedener Größe, meist deutsch-holländische und französische, im Eis fest. Ihre Ladung von Erz, Kohlen und Kalkstein hat einen Wert von Millionen.

Die vielen Leichwärtinnen in der Lausitz, die alljährlich viele Tausend Karppen nach Berlin liefern, haben durch den Frost großen Schaden erlitten. Seit Wochen hat man künstlich Sauerstoff unter das Eis der Teiche gepumpt, trotzdem sind Massen von Karppen zugrunde gegangen. So in einem Teich in Hoperswerda allein über tausend.

Im Hamburger Hafen ist der Schiffsverkehr durch starke Nebel erschwert. Auf der Oberelbe steht das Eis noch, auf der Unterelbe ist der Eisgang nur noch schwach. Durch einen Wasserrohrbruch entstand im Rathaus von Trier bedeutender Schaden.

Keine Mutterwirtschaft. Die kleine heffische Stadt Michelstadt im Odenwald hat in den Jahren 1924 bis 1928 eine Schuldenlast von einer Million Mark auf sich geladen, immerhin eine Leistung für eine Gemeinde von 4000 Einwohnern. Die heffische Oberrechnungskammer wartet trotz verschiedener Mahnungen und scharfer Rügen noch immer auf die Rechnungsablagen der Gemeinde vom Jahr 1923 an.

Schweres Eisenbahnunglück in Dortmund. Auf dem Hauptbahnhof in Dortmund stürzte bei der Einfahrt eines Personenzugs von Wanne ein Wagen 3. Klasse aus noch nicht aufgeklärten Gründen um; die beiden folgenden Wagen entgleisten. Ein Mann und zwei Frauen wurden getötet, 7 Reisende schwer und etwa 12 leichter verletzt.

Großfeuer. Anscheinend infolge von Wollstaubentzündung brach in der Tuchfabrik von Verhoff in Herfard in Kottbus Feuer aus. Das ganze Gebäude sowie die in einem Seitenflügel eingerichtete Walkerei der Firma Meschke und Barnag sind niedergebrannt.

Bei der Washingtonfeier in der Turnhalle des Mädchengymnasiums in Jacksonville (St. Illinois) brach Feuer aus, das die Halle einäscherte. Eine Schülerin kam in den Flammen um, neun Mädchen wurden verletzt.

Die „Lichtstadt“ Paris war in den letzten Tagen wiederholt ohne Licht. Die elektrische Hauptanlage in St. Owen verlagte angeblich infolge von Wassermangel.

Brotkarten in Russland. Wie in Moskau, müssen nun auch in Leningrad (Petersburg), Charkow und in einigen anderen großen Städten Sowjetrusslands Brotkarten eingeführt werden wie in Zeiten der größten Kriegsnot.

Vulkanausbruch. Der Vulkan Santa Maria in Guatemala ist am 22. Februar in lebhafter Tätigkeit getreten. Ungeheure Mengen Sand und Asche gehen auf die blühenden und dichtbevölkerten Küstengebiete bis in eine Entfernung von 60 Meilen nieder. Der letzte größere Ausbruch des Vulkans erfolgte im Jahr 1902.

„Melodie der Welt“. Die Uraufführung des bisher größten deutschen Tonfilms steht bevor. Der Film ist von der Hamburg-Amerika-Linie in Gemeinschaft mit dem Tonbild-Syndikat während der letztjährigen mit dem Luxusdampfer „Resolute“ durchgeführten Japanweltreise hergestellt worden und zeigt unter dem Titel „Melodie der Welt“ in Bild und Ton Menschen, Lebensformen und Landschaften aus den schönsten und interessantesten Teilen der Erde. Die Aufnahmen wurden überall mit Unterstützung der Regierungen gemacht.

Sendefolge der Südd. Rundfunk A.G. Stuttgart

Montag, 25. Februar:

10.30: Schallplattenkonzert. 11.00: Nachrichten dienst. 12.15: Schallplattenkonzert. 12.55: Röhrenzeitung. 13.00: Wetterbericht, Schallplattenkonzert. 13.45: Nachrichten dienst. 14.35: Neue Tagung. 15.00: Zeitungsbesprechung, Wetterbericht, Bericht des Landesgesundheitsamts. 15.15: Vortrag: W.D. Schwelger, der elektrische Regler. 15.45: Vortrag: Unfallverhütung u. gewerbliche Berufsgenossenschaften. 19.15: Streifzüge durch die Welt. 19.45: Vortrag von Prof. Rangel: Vog u. Beechoven. Weltlicher Streifen II. 20.15: Ernst Krennd. 21.15: Konzert auf drei Klavieren. Anschließend: Nachrichten dienst, Nachrichten Süddeutscher Funkvereine, Unterhaltungskonzert.

Die neueste „Zunt-Klaviere“ (20 J) stets vorrätig bei G. B. Jäger-Tagold.

Letzte Nachrichten

Zur Erinnerung an den jugestorenen Rhein. — Eisfänger der Oppenheimer Küfer.

Oppenheim, 25. Febr. So oft der Rhein jugestoren war, haben die Oppenheimer Küfer auf dem Rhein als Erinnerung hieran Fässer geschlagen, die mit besonderen Erinnerungseichen auf dem Boden ausgestattet wurden. Diese Fässer bilden in den Weinkellern eine große Sehenswürdigkeit. Trotz des Tauwetters haben die Küfermeister von Oppenheim am heutigen Sonntag sieben große Erinnerungsfässer auf dem Rheineis geschlagen. Etwa 50 Meter vom Ufer entfernt war ein großes Feuer angezündet, in dem die einzelnen Fässer vorgewärmt wurden. Eine große Menschenmenge umsäumte trotz des schlechten Wetters das Ufer.

Eisprengungen auf dem Rhein und dem Neckar.

Mannheim, 25. Febr. In Durchführung der bereits seit einigen Tagen vorbereiteten Maßnahmen zur Verhütung der Hochwassergefahr wurden am Sonntag auf dem Rhein und dem Neckar bei Mannheim umfangreiche Sprengungen des Eises vorgenommen. Auch in Heidelberg wurden am Sonntag zwischen der alten und neuen Brücke die ersten großen Sprengungen durchgeführt. Die milde Witterung hat das Neckareis auf weiten Strecken unter Wasser gesetzt. Die Hochwasserdienste am Rhein und Neckar sind in ständiger Bereitschaft.

Der Aufmarsch der Heimatschutzverbände in Wien

Wien, 25. Febr. Die Wiener Heimatschutzverbände veranstalteten am Sonntag in Wien ihren ersten Aufmarsch. Die Heimatschutzverbände bewegten sich dabei durch Bezirke, die zum überwiegenden Teil von Arbeiterbevölkerung bewohnt werden. Im Dreherpark wurde eine Versammlung abgehalten, die durch Worte des Gedankens an die im Kriege Gefallenen eingeleitet wurde. Der Landesführer der österreichischen Heimatschutzverbände, Dr. Friemer, forderte in seiner Ansprache zur Einigkeit im Kampf für die Verwirklichung der Ziele auf, die sich die Führer des Heimatschutzgedankens und ihre Mitkämpfer im Kampf gegen den Marxismus gestellt hätten. Er richtete an das Bürgertum, das noch immer faulig und zaghaft beiseite stehe, die Aufforderung, die Reihen des Heimatschutzes zu verstärken. Der Bundesführer der österreichischen Heimatschutzverbände, Dr. Steidle, erklärte, daß sein Wort vom „Aufmarsch auf Wien“ belächelt worden sei, nun aber doch zur Tat geworden sei. Der Aufmarsch der Heimwehren nach Wien habe begonnen. Das sei der beste Beweis dafür, wie die Heimwehren ihre Verpflichtungen hielten. Wie in diesem Fall, würden sie auch in anderen sozialen und politischen Fragen ihre Verpflichtungen halten. An dem Aufmarsch der Heimwehren beteiligten sich 7 000 Mann. Der Umzug und der Vorbereitungsparade der Heimwehrenleitung war nach vier Stunden beendet. Die Polizei verhinderte alle Störungsversuche, zu denen von der kommunistischen „Roten Fahne“ aufgefordert war. Die Polizei verhaftete rund 60 Personen, die den polizeilichen Anordnungen nicht Folge leisten wollten. Zu gleicher Zeit mit dem Heimwehenaufmarsch fand als Gegenkundgebung der angekündigte Aufmarsch des sozialdemokratischen Schutzbundes durch die Straßen der inneren Bezirke statt, der nach Ansprachen vor dem Rathaus beendet wurde.

Trotsky hofft auf baldige Rückkehr nach Moskau.

Konstantinopel, 25. Febr. Trotsky erklärte den Vertretern der Trotsky-Oppositionellen in Europa, daß er gerade, im April nur zwei Jahre zu verbleiben. In dieser Zeit müsse sich sein Schicksal entschieden haben, weil er hoffe, daß die bevorstehende Einberufung des Moskauer Kongresses ihm eine baldige Rückkehr nach Moskau genehmigen werde. Trotsky erklärte, daß die jetzige Leitung der Partei mit Stalin an der Spitze eine Politik treibe, die gegen eine Weltrevolution gerichtet sei. Trotsky meint, daß die ganze rote Armee und Marine mit seinen Ideen einverstanden sei. In der nächsten Zeit würden ihm die Trotskyischen Organisationen die Möglichkeit geben, seine Rückkehr nach Moskau zu beschleunigen.

Spiel und Sport

Handball.

T. B. Tagold — T. B. Wildberg 2:0

Die beiden Mannschaften standen sich gestern auf einem Spielfeld gegenüber, welches durch das eingetretene Tauwetter das Spiel sehr erschwerte und manches Mal ein „Wasserball“ zu bedingen schien. Wildberg spielt an und sofort entwickelt sich ein lebhaftes Feldspiel, das ein immer schärferes Tempo annimmt. Nach 10 Min. kann Tagold zum ersten Mal einfinden. In gleichem Tempo geht das Spiel weiter und allmählich läßt sich eine Ueberlegenheit der Einheimischen feststellen. Wildberg wehrt sich kräftig und mit viel Gewandtheit, doch fehlt den Gästen immer die rechte Schußsicherheit vor dem Tor. Tagolds Sturm, der bei diesem Spiel außerordentlich kräftig und schußfreudig ins Zeug ging, sieht seinen Eifer kurz vor Halbzeit durch ein zweites Tor belohnt. In der zweiten Halbzeit ist ein Verlangamen des Tempos zu bemerken. Die Gäste, die immer weniger Aussicht auf einen Ausgleich sahen, brachten den Ball kaum mehr aus ihrer Blauhälfte. Dadurch etwas verärgert, glaubten sie sich durch den Schiedsrichter benachteiligt, was jedoch keineswegs der Fall war. Wenn bei dem flotten Tempo das der Tagolder Sturm angab, infolge des glatten Bodens manchmal ungewollte Zusammenstöße vorkamen, so war dies bei der Wildberger Mannschaft ganz genau so der Fall und es war für die Gäste deshalb kein Grund vorhanden, das Spiel 9 Minuten vor Schluß abzubrechen und den Sportruf zu unterlassen. Offenbar war dies eine etwas übertriebene Handlung, die später auch bereut wurde. Da von Seiten der Gäste bei Spielschluß kein Einpruch erfolgte, bleibt das Ergebnis bestehen. Tagold hat seine 2 Punkte verdient gewonnen.

Ev. Neuenbürg — Ev. Ebhausen 8:1 für Neuenbürg.

Zum fälligen Verbandsspiel trafen sich beide Mannschaften auf dem Platz in Ebhausen. Neuenbürg zeichnete sich gleich zu Beginn, und noch mehr nach Halbzeit durch besseres Zusammenspiel und Gewandtheit aus. Der jungen Mannschaft von Ebhausen, die zudem noch mit Ersatz spielte, fehlt noch die nötige Übung, so daß sie trotz aller Anstrengung gegen die spieltarke 11 von Neuenbürg nicht aufkommen konnte und sich mit einem Ehrentor begnügen mußte.

Leichtathletik.

Vom Hallensportfest der Stuttgarter Räder.

Es dürfte vielleicht interessieren, daß bei diesem groß angelegten Sportfest auch 2 Mitglieder des Sportvereins Tagold aktiv beteiligt waren und zwar E. Kern und E. Schlicht. Beide starteten im 60 Meter Lauf offen (Teilnehmer etwa 50). Beide konnten sich in den Vorläufen behaupten, mußten sich aber in den Zwischenläufen überlegenen Kräften beugen. Immerhin ist es sehr erfreulich, daß auch Tagold einmal bei einer so bedeutenden Veranstaltung beteiligt war. Die beiden Sportler haben bei dieser Gelegenheit sicher sehr wertvolle Erfahrungen gesammelt.

